Bei festlichen Anlässen wird er immer noch beschworen: der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Demokratie, besonders dann, wenn es darum geht, die Vorbildhaftigkeit des Westens gegenüber anderen Weltgegenden herauszustreichen. Aber im Alltag scheinen immer mehr Politiker und Verbandsvertreter, Journalisten und Publizisten, Medienvertreter und Medienverbraucher nicht mehr so recht an das zu glauben, was bei festlichen Gelegenheiten unserer Demokratie nachgerühmt wird: dass sie nämlich der angemessene Rahmen für eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sei. Immer häufiger hören wir heute, dass gehandelt werden solle, statt zu diskutieren …

Wir hören, dass das Partizipationsbegehren der Bürger sachgerechte Problemlösungen erschwere, dass Laien den Experten nicht dreinzureden hätten, dass Entschlossenheit und Geschlossenheit wichtiger seien als demokratische Verfahren und Legitimität.

Der Hintergrund für diesen Bewusstseinswandel ist fast immer die sogenannte "Standortkonkurrenz" und damit die Angst, dass Deutschland gegenüber anderen Ländern ins Hintertreffen geraten könne, wenn es sich -behindert durch die Umständlichkeiten der Demokratie – nicht schnell genug auf die neuen Bedingungen in der "globalisierten" Welt einstelle. – Den gesamten Beitrag von Johano Strasser finden Sie in der Rubrik "Andere interessante Beiträge".